

GRIECHENLAND

## „Mehr Sicherheit geht nicht“

Georgios Voulgarakis, 45, Minister für öffentliche Ordnung, über Kostenexplosion und Terrorgefahr bei den Olympischen Spielen

**SPIEGEL:** Haben Sie schon mal daran gedacht, dass Griechenland vielleicht besser auf die Olympiade 2004 verzichtet hätte?

**Voulgarakis:** Keine Minute. Die Spiele sind für uns etwas ganz Besonderes. Sie sind Geschichte, Tradition, Philosophie, Hoffnung – einfach alles, was wir mit dem griechischen Geist verbinden.

**SPIEGEL:** Für Umweltminister Georgios Souflias und andere Regierungsmitglieder bedeuten die Spiele vor allem explodierende Kosten, die sich wirtschaftlich nicht rechnen.

**Voulgarakis:** Auch in der Vergangenheit hat kein Land von Olympia unmittelbar wirtschaftlich profitiert. Den Nutzen wird erst die Zukunft bringen. Vom Imagegewinn profitiert zum Beispiel Griechenlands Tourismus, von den Investitionen in die Infrastruktur und die Sicherheit haben Wirtschaft und Menschen Vorteile.

**SPIEGEL:** Wie teuer werden die Spiele denn nun: 2,6 Milliarden Euro wie

zunächst geplant oder gut 6 Milliarden wie nach neuesten Schätzungen?

**Voulgarakis:** Das ist jetzt nicht wichtig. Was zählt, ist, die Spiele in Griechenland zu haben. Jetzt müssen wir bis zur Eröffnung hart arbeiten. Danach haben wir viel Zeit, zu diskutieren und uns zu wundern.

**SPIEGEL:** Sie erwarten rund zwei Millionen Olympiabe-sucher. Wie soll garantiert werden, dass darunter nicht auch zu allem entschlossene Terroristen sind?

**Voulgarakis:** Wir investieren für die Sicherheit viermal so viel wie vor vier Jahren Sydney. 70 000 Sicherheitskräfte wurden speziell ausgebildet, Polizisten, Feuerwehrleute, Küstenwache, Soldaten. Wir haben die anspruchsvollste und fortschrittlichste Sicherheitstechnologie mit computergesteuerten Überwachungskameras überall in der Stadt. Wir hatten 200 Sicherheitsübungen. Und wir erhielten internationale Unterstützung von den Ländern mit der



Athener Olympiastadion

größten Erfahrung in Terrorabwehr. Mehr Sicherheit geht nicht. Wenn Griechenland damit nicht gewährleisten kann, dass nichts passiert, kann das niemand.

**SPIEGEL:** Warum werden dann immer wieder Zweifel laut?

**Voulgarakis:** Es gibt auch Lob und Anerkennung. Ihr Innenminister Otto

TÜRKEI

## Rückkehr des roten Terrors

Nach den Sicherheitsschlappen im Kampf gegen Islamisten drohen angeblich längst besiegte Feinde die türkische Republik zu erschüttern. Zwei Anschläge linker Zellen rüttelten vergangenen Donnerstag Istanbul und Ankara auf. In der Hauptstadt detonierte ein Sprengsatz ausgerechnet vor dem Hilton-Hotel, in dem sich für den Samstag US-Präsident George W. Bush auf dem Weg zum Nato-Gipfel in Istanbul angesagt hatte. Wenige Stunden später ging in der Bosphorus-Metropole eine Bombe hoch; sie forderte 4 Tote, 14 Verletzte. Die Terroristen kommen aus der linken Szene, der Ankaras Geheimdienstler zuletzt wenig Beachtung schenken. Zum Anschlag in Ankara bekannten sich die „Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten“ der verbotenen



Sicherheitsvorkehrungen in Istanbul

Marxistisch-Leninistischen Partei, zur Bombe in Istanbul die „Revolutionäre Volksbefreiungsfront“. Das seien „marginale Gruppen, die auf sich aufmerksam machen wollen“, spielte Innenminister Abdülkadir Aksu die Gefahr herunter. Doch der erstarkte Islamismus scheint die Linke zu radikalisieren. Der Nato-Gipfel soll für den roten Untergrund der Auftakt zu einer Mobilisierung werden, um die ausgedünnten Reihen wieder zu schließen.

PHILIPPINEN

## Präsidentin fürchtet Putsch

Unruhige Zeiten stehen der von Terroranschlägen, Korruption und Wirtschaftskrise geplagten Inselrepublik bevor. Der knappe Wahlsieg von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, 57, stabilisiere die politische Lage kaum, warnen westliche Diplomaten in Manila. Arroyo wurde nach



Wahlkämpferin Arroyo

Schily hat mich gerade um Unterstützung für die Fußball-WM 2006 gebeten.

**SPIEGEL:** Zuletzt konnten Sie mehrere Bombenanschläge auf Polizeistationen, Banken und internationale Unternehmen in Athen nicht verhindern.

**Voulgarakis:** Das waren keine Anschläge, sondern unbedeutende Zwischenfälle, wie sie überall in Europa immer mal wieder vorkommen. Den Sicherheitsschild von Olympia berühren die in keiner Weise. Da gibt es keine Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken.

**SPIEGEL:** Trotz allem denken einige Länder bereits an Selbstschutz. Die Briten wollen ihr Team durch eigene Scharfschützen bewachen, die USA Hunderte Spezialagenten entsenden.

**Voulgarakis:** Für die Sicherheit sind die Veranstalter zuständig und sonst niemand. Das war immer so. Warum sollten wir über eine Milliarde Euro in die Sicherheit investieren, wenn jeder seine eigenen Leute mitbringt?



Innenminister Voulgarakis, Polizist



Türkischer Grenzposten in Nikosia

KATIA CHRISTODOULOU / DPA

EUROPÄISCHE UNION

## Zank um Zypern

**G**egen die Anerkennung der EU-Vollmitgliedschaft Südzypers sträubt sich die Türkei. Sie will nicht so einfach hinnehmen, dass die griechisch-zyprische Regierung die türkische Minderheit im Norden der Insel mitvertritt. Bei den Verhandlungen zur Anpassung der Zollunion zwischen Ankara und der Europäischen Union nach der Erweiterung wollte die türkische Regierung daher nur 24 EU-Staaten einbeziehen und Zypern ausgrenzen. Erweiterungskommissar Günter Verheugen zeigte seine „Überraschung“. Eindringlich ermahnte

er die Türkei, nicht die Chance für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu gefährden. Über die will der Europäische Rat im Dezember entscheiden. Die Spannung wird verstärkt durch die Empörung Ankaras über Brüsseler Kreise, die der Türkei Verhandlungen über die EU-Aufnahme nicht vor 2006 anbieten wollen. So lange will sich Premier Tayyip Erdogan nicht verträsten lassen. Im Zypern-Konflikt signalisierte er ein mögliches Einlenken. Da die Staats- und Regierungschefs die Türkei förmlich „ersuchen“, die Zollunion-Verhandlungen, die im Namen aller 25 EU-Mitglieder geführt würden, bald abzuschließen, will die Regierung Erdogan den Fall „ehrlich und ernsthaft“ prüfen.

sechs Wochen Stimmauszählung in der vorigen Woche offiziell zur Regierungschefin des 80-Millionen-Einwohner-Landes erklärt. Sie hatte mit nur gut einer Million Stimmen Vorsprung vor dem populistischen Filmschauspieler Fernando Poe gewonnen. Dessen Anhänger wollen das Resultat anfechten und schüren politische Unruhe. Poe wirft Arroyo Wahlfälschung vor. Tatsächlich waren bei der Stimmabgabe Betrug und Stimmenkauf weit verbreitet. Vor allem arme Philippiner stimmten für den alternativen Mimen ohne politische Erfahrung – und damit gegen das Establishment um Arroyo, das vor allem von alteingesessenen Clans und korrupten Politikern geprägt ist. Die Präsidentin hat zwar mehr Schulen und Krankenhäuser und eine Million Jobs pro Jahr versprochen. Wie sie das bezahlen will, bleibt offen. Aus Angst vor einem Putsch wurden die Sicherheitsmaßnahmen in Manila drastisch verstärkt. Drei Bomben konnten gerade noch rechtzeitig gefunden werden. Muslim-Rebellen wie die Abu Sayyaf, die mit Terrorattacken das Land verunsichern, kündigten zudem weitere Aktionen an.

BOSNIEN

## Auf der Spur des Serben-Führers

**D**er Rückhalt für den vom Westen gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić schwundet. Aus der politischen Führung der Republika Srpska, des serbischen Teils Bosniens, mehren sich die Appelle, Karadžić solle aufgeben. Dragan Kalinić, Vorsitzender der Volkskammer und Chef der von Karadžić mitbegründeten Partei SDS, rief den einstigen Serbenführer auf, sich freiwillig dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag zu stellen. Andernfalls, so die Mahnung, werde der serbische Teil Bosniens „schwersten Sanktionen“ und internationaler „Isolation“ ausgesetzt

sein. Hintergrund ist die Drohung des Westens, das Balkanland nicht in das Nato-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ aufzunehmen, wenn Karadžić weiter frei herumläuft. Dies hätte auch personelle Konsequenzen, warnte der internationale Bosnien-Beauftragte Paddy Ashdown: Er werde mehrere serbische Politiker absetzen. Der Europarat forderte die Serbische Republik in Bosnien auf, endlich ernsthafte Schritte zur Verhaftung zu unternehmen. Auf der Suche nach Karadžić patrouilliert die Friedenstruppe Sfor verstärkt im bosnisch-montenegrinischen Grenzgebiet. Mit einer Botschaft hatten sich die Verfolger über Zeitungen an dessen Unterstützer-Netzwerk gewandt: „Die Menschen haben begonnen zu reden“, warnten sie Karadžić-Helfer, „wir sind näher, als ihr denkt.“



Karadžić

SAWA RADOVANOVIC / AP